

Kriege beginnen im Geist der Menschen

Die Innere Führung im Spiegel der Meinungen von Schnez, Baudissin und Schmidt

I

Nach 1945 gehörten die Gewerkschaften zu den entschiedensten Gegnern der viel zu früh einsetzenden Re-Militarisierung der Bundesrepublik. Für diese Haltung waren ganz konkrete geschichtliche Erfahrungen ausschlaggebend. Zunächst befürchtete man — und diese Befürchtungen sind Realität geworden — äußerst negative Auswirkungen auf jede Wiedervereinigungspolitik. Gleichrangig daneben standen wichtige innenpolitische Aspekte: Es herrschte (und herrscht) Einmütigkeit in der Auffassung, daß unsere junge Demokratie in ihrer Substanz bedroht sein kann, wenn der Integrationsprozeß der Bundeswehr in die demokratische Gesellschaft nicht gelingt. Unabhängig von ihrer grundsätzlichen Haltung zur Wiederaufrüstung sind die Gewerkschaften deshalb dem Gedankengut der Inneren Führung, das diesen Integrationsprozeß zum Ziel hat, mit besonderem Interesse begegnet. Dieses Konzept umfaßt (nicht nur aus unserer Sicht) die ausschlaggebenden neuen Elemente, durch die sich die Bundeswehr von früheren Streitkräften unterscheiden soll. Die Innere Führung kann zwar keine „demokratische Armee“ schaffen, weil auch in der Bundeswehr die Prinzipien von Befehl und Gehorsam gelten. Sie faßt aber alle gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen sowie Notwendigkeiten zusammen, die sich aus der Tatsache ergeben, daß es sich bei der Bundeswehr um eine Armee *in* der Demokratie handelt. Wer die Konzeption der Inneren Führung bekämpft, wendet sich damit zugleich gegen den notwendigen Integrationsprozeß und möchte der Bundeswehr eine für sie selbst und für unsere Demokratie gefährliche Sonderstellung einräumen.

II

Die Studie „Gedanken zur Verbesserung der inneren Ordnung des Heeres“, die der Heeresinspekteur, Generalleutnant *Schnez*, im Juni 1969 abschloß und seine zumindest genauso kritisch zu bewertende „Erklärung zur Inneren Führung“ vom Mai 1969 müssen in diesen größeren politischen Zusammenhängen gewertet werden. Wenn man von der Position der Verfasser (die Unterlagen stammen ja nicht allein von *Schnez*) ausgeht, ist ärgerliche Resignation darüber, daß einige Generäle offensichtlich seit 1945 nichts dazu-gelernt haben, keine ausreichende politische Reaktion. Es muß vielmehr genau untersucht, werden, in welchen Punkten die in diesen Pamphleten erkennbare politische Haltung und die erhobenen Forderungen von den Prinzipien der Inneren Führung abweichen oder diesen sogar diametral entgegenstehen. Aus der so gewonnenen Analyse gilt es, politische Konsequenzen zu ziehen.

Wolf Graf von Baudissin hat zur Entwicklung der Konzeption der Inneren Führung den mit Abstand größten Beitrag geleistet. Mit seinem Ende vergangenen Jahres erschienenen Buch „Soldat für den Frieden“¹⁾ stellte er „Entwürfe für eine zeitgemäße Bundeswehr“ zur Diskussion. Diese Entwürfe unterscheiden sich in der geistig-politischen Haltung, den Forderungen und in der Diktion grundsätzlich von den *Schnez*-Papieren.

1) Wolf Graf von Baudissin: Soldat für den Frieden — Entwürfe für eine zeitgemäße Bundeswehr, Verlag R. Piper & Co., München 1969, 335 Seiten.

III

Schnez setzt sich in beiden Papieren ausführlich mit Fragen der *Tradition* auseinander. Er bedauert: „Die Truppe ist weithin zur Geschichtslosigkeit verurteilt und ohne verpflichtendes Traditionsbewußtsein.“ Deshalb fordert er unmißverständlich: „Politische und militärische Führung müssen sich klar und deutlich zur deutschen Soldatentradition bekennen.“ *Baudissin* macht zunächst klar, daß es für Parlament, Regierung, Öffentlichkeit und für die Bundeswehr selbst ein „Politikum erster Ordnung“ ist, welche Traditionen offiziell durch die Truppe gepflegt werden. In klarem Gegensatz zu *Schnez*, der an die alte „deutsche Soldatentradition“ anknüpfen möchte, unterstreicht *Baudissin*:

„Wer der Kontinuität über die Katastrophen hinweg einen bestimmenden Rang einräumen will, tut der Bundeswehr keinen guten Dienst. Er erschwert die kritische Auseinandersetzung mit Vergangenheit und Gegenwart und nicht zuletzt die Besinnung darauf, was Soldatsein in unserer Zeit bedeutet und verlangt.“

Deshalb wendet *Baudissin* sich entschieden dagegen, Traditionen von Reichswehr und Wehrmachtseinheiten zu übernehmen. Nach seiner Meinung muß in wesentlich größerem Umfang als bisher zur Kenntnis genommen werden, „daß sich die Bundeswehr durch Auftrag, Leitbild, Dienstherren, Wertordnung, Inneres Gefüge, internationale Verflechtung und Handwerk grundsätzlich von den Wehrmachtsnormen unterscheidet“. Konsequenz: „Wenn wir also nach Traditionen der Wehrmacht suchen, die auch für die Bundeswehr verbindlichen Wert hätten, werden wir sie vornehmlich in Personen finden, die gegen den Strom schwammen, d. h. die das Gegenbild zu dem damals geforderten Leitbild verkörpern.“

Schnez und seine Gesinnungsfreunde, die in der alten Wehrmacht führende Funktionen bekleideten und dadurch geprägt sind, werden sich in diesem Zusammenhang besonders durch die Feststellung *Baudissins* getroffen fühlen, es dürfe nichts über die Tatsache hinwegtäuschen, „daß die Wehrmacht ein gefügiges Instrument für totalitäre Eroberungspolitik war und daß ihr verantwortliches Offizierskorps der Pervertierung aller soldatischen, d. h. menschlichen Werte nichts Entscheidendes entgegensetzen konnte“.

Aus dieser unterschiedlichen Bewertung der Tradition ergibt sich ein weiterer entscheidender Gegensatz. Für *Schnez* ist die Bundeswehr eine „Kampf-, Schicksals- und Notgemeinschaft“. Schlußfolgerung: „Daher bleiben ihre elementaren Grundlagen die alten Soldatentugenden.“ *Baudissin* hält dem entgegen, daß auch ethisch wertfreie Traditionen der freiheitlichen Grundordnung widersprechen:

„Sie versagen, weil sie unverbindlich bleiben, am entscheidenden Punkt. Tapferkeit um der Tapferkeit willen. Gehorsam um des Gehorsams willen, ja, Dienen um des Dienens willen haben nie ganz genügt. In unserer komplizierten Welt mit ihren Apparaturen ist solche Haltung jedoch gefährlich und unglaubwürdig; sie verleiht überdies — ohne sittlichen Bezug — nicht die notwendige Standhaftigkeit. Wo Tugenden zum Selbstzweck ausgehöhlt werden, steckt meist ein Mangel an menschlicher Substanz dahinter.“

IV

Die Verfasser der *Schnez*-Papiere fordern für den Soldaten eine *Sonderstellung in der Gesellschaft*, da Soldatsein eine einzigartige und besondere Aufgabe sei. In der Studie heißt es: „Soldatsein ist somit eine Aufgabe sui generis und nicht ein Beruf wie jeder andere“. *Baudissin* hält es dagegen für einen bemerkenswerten Erfolg, daß es diese Sonderstellung für den Soldaten nicht mehr gibt. Er hebt hervor: „Der unvoreingenommene Beobachter kann feststellen, daß die Bundeswehr verhältnismäßig schnell ihren Platz neben Bahn und Post, neben Schule und Finanzamt gefunden hat. Das ist ein Erfolg, mit dem nicht von vornherein zu rechnen war.“ *Baudissin* ist sich klar, daß diese

Gleichsetzung „in konservativen Ohren ungeheuerlich klingt". Er hält die Gleichsetzung aber für eine „funktionsgerechte Einsetzung" und meint dazu, daß die Bundeswehr dadurch ja auch nicht in eine „anstößige Nachbarschaft" geraten sei.

Schnez ist überzeugt: „Stärker als staatsbürgerliche Einsicht beeinflussen die Prägung zum Soldaten das Zugehörigkeitsgefühl zur soldatischen Gruppe sowie die Bindung an eine höhere Macht, die soldatische Leistung." Bei dieser Einstellung steht es für ihn fest, daß man an den „einfachen Mann" nicht allein über den Verstand herankommt. „Es ist notwendig, ihn auch über das Gefühl und das Herz anzusprechen." *Baudissin* warnt dagegen ausdrücklich vor einer möglichen Manipulation mit Gefühlen. Er betont: „Zur Frage nach dem Menschenbild gehört auch das viel diskutierte Problem, ob der Soldat vorzugsweise über das Gefühl oder über die Ratio anzusprechen sei. Wir kamen zu dem Schluß, daß bewußtes Manipulieren der Gefühlswelt menschenunwürdig sei und überdies in Nihilismus, Skepsis und Auflehnung führe, sobald die Absicht erkannt wird." Nach seiner Auffassung verlangen die Demokratie, die moderne Arbeitswelt und das soldatische Handwerk rationales Handeln.

Schnez möchte das bereits gesetzlich eingeschränkte Recht der Soldaten zur politischen und insbesondere parteipolitischen Betätigung noch weiter beschneiden. Dabei ist gerade die — unter Berücksichtigung militärischer Erfordernisse — möglichst weitgehende Beibehaltung aller *staatsbürgerlichen Rechte* ein wesentliches Kriterium des „Staatsbürgers in Uniform". *Baudissin* tritt ganz entschieden dafür ein, daß der Alltag dem Soldaten „so weitgehend wie möglich Gelegenheit geben sollte, die Freiheiten und ihre Risiken, die Rechtsstaatlichkeit mit ihrem Schutz, aber auch ihrer Strenge und die Menschenwürde mit ihren Ansprüchen an andere wie sich selbst zu erfahren. Erst das gemeinsame Erleben dieser Werte, die gleichzeitig Pflichten auferlegen, kann bewußtmachen, daß es sich lohnt, sie zu verteidigen."

Bereits heute ist das Anerkennungsverfahren für *Wehrdienstverweigerer* sehr problematisch und umstritten. *Schnez* kümmert das nicht. Er traut sich sogar zu, zwischen verschiedenen Qualitäten von Gewissensentscheidungen differenzieren zu können. Er schlägt nämlich folgende Einschränkung des Rechts auf Wehrdienstverweigerung vor:

„Artikel 4, Absatz 3, Satz 1 des Grundgesetzes ist neu so aufzufassen, daß als entscheidendes Kriterium für die Anerkennung als Verweigerer des Kriegsdienstes nicht bereits eine leise Regung des Gewissens, sondern nur eine ernste Gewissensnot gilt."

Baudissin ist auch hier völlig anderer Auffassung. So ist er dagegen, Anträge nach der Einberufung zur Bundeswehr nicht mehr zuzulassen und hebt hervor: „Gewissen sind nun einmal spontan, und es entspricht und hilft unserer Grundordnung sehr viel mehr, wenn wir die innere Ordnung ernsterer als die äußere nehmen und lieber zehn fragwürdige Kandidaten durchschlüpfen lassen, als einem ernsthaften Gewalt anzutun."

Eine der wesentlichen praktischen Einrichtungen der Inneren Führung ist das Amt des *Wehrbeauftragten*. Es dient dem Schutz der Grundrechte sowie als Hilfsorgan des Bundestages bei der parlamentarischen Kontrolle der Bundeswehr. Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen hat jeder Soldat das Recht, sich einzeln ohne Einhaltung des Dienstweges unmittelbar an den Wehrbeauftragten zu wenden. Diese direkte Beschwerdemöglichkeit ist das entscheidende Kriterium. Die Notwendigkeit des Amtes hat sich in der Praxis im wahrsten Sinne des Wortes tausendfach bestätigt. Zur Haltung von *Schnez* paßt, daß er auch diese Einrichtung in ihren Möglichkeiten so beschneiden möchte, daß es an die Substanz geht. Er fordert nämlich:

„Es erscheint sinnvoller und stärkt das Vertrauensklima, wenn alle Soldaten gehalten sind, sich vor einer Eingabe an den Wehrbeauftragten zuerst an den nächsten Disziplinarvorgesetzten zu wenden."

Letztlich artikuliert Schnez mit diesem Vorschlag sein grundsätzliches Mißtrauen gegenüber einer parlamentarischen Kontrolle der Bundeswehr. *Baudissin* bemerkt zu diesem Komplex:

„In Deutschland sind Traditionen weit verbreitet, welche die parlamentarische Kontrolle der Bundeswehr und öffentliche Kritik an ihr als Zeichen unzumutbaren Mißtrauens und als sachfremde Einmischung betrachten. So ist — historisch gesehen — die Abwehrhaltung begreiflich. Doch offenbart sie ein tiefes Mißverständnis demokratischer Funktionsweisen und der politischen Bedeutung aller Verteidigungsfragen.“

V

Diese Gegenüberstellung unterschiedlicher Thesen von Schnez und *Baudissin* ließe sich beliebig fortsetzen. Die beiden Schnez-Papiere enthalten eine Vielzahl weiterer Aussagen, die den Prinzipien der Inneren Führung und damit auch ganz allgemein demokratischen Grundsätzen widersprechen. Entscheidend ist, daß die gesamte Richtung, die Schnez und seine Gesinnungsfreunde einschlagen möchten, entschieden abgelehnt werden muß. Diese Generäle sind ausschließlich rückwärts orientiert und unternehmen auch nicht den geringsten Versuch, das Selbstverständnis des Soldaten in unserer Zeit zu definieren. Ganz im Gegenteil, sie möchten möglichst auch andere daran hindern, sich über diese Frage Gedanken zu machen. So wird in der Schnez-Studie kritisiert:

„Immer noch stärken zahlreiche Lehrer, Pfarrer, Schriftsteller, Publizisten, Regisseure und Fernsehmoderatoren die Abneigung gegen den Dienst mit der Waffe. Dabei ist die von namhaften Gelehrten und Geistlichen vertretene Auffassung bedenklich, das Ethos der Zukunft werde der waffenlose Dienst sein, der Soldat sei leider Gottes noch notwendig, aber bereits vom Gang der Geschichte überholt.“

Schnez kann sich also selbst langfristig eine Zukunft ohne Rüstung und Soldaten nicht nur nicht vorstellen, er möchte sie auch gar nicht. Er plädiert für Soldatentum um jeden Preis und beweist, daß er nichts von der Aufforderung des Bundespräsidenten *Heinemann* begriffen hat: „Ich kann doch nur sagen, daß alles Rüsten einen politischen Sinn haben muß. Rüstung kann doch nicht an sich etwas Gutes sein. . . . D. h., jede Bundeswehr muß grundsätzlich bereit sein, sich um einer besseren politischen Lösung willen in Frage stellen zu lassen.“

Baudissin unternimmt dagegen in seinem Buch einen beachtenswerten Versuch, das Selbstverständnis des Soldaten neu zu überdenken. Die allgemeine Zielsetzung wird durch folgende Sätze deutlich:

„Auch der Soldat hat seinen Beitrag zum Frieden zu leisten, wenngleich er noch immer als Sachwalter des Krieges gilt. . . . Der Krieg — auch er muß hier in Betracht gezogen werden — hat seine Möglichkeit, positiven politischen Zwecken zu dienen, in zunehmendem Maße eingebüßt. Er ist zu einem unhandlichen Mittel geworden und in Gefahr, eigenen Gesetzen zu folgen. . . . Weit gewichtiger in unserem Zusammenhang ist die Tatsache, daß der Soldat im Frieden schon fast ‚auf Kriegsfuß‘ steht. . . . So wird nicht selten behauptet, der normale Soldat könne gar nicht das notwendige hohe Maß an Verteidigungswillen und Kampffertigkeit entwickeln, falls er nicht zumindest die Aussicht dafür sähe, das Gelernte im Krieg anzuwenden und sich im Ernstfall zu bewähren. Wäre diese These richtig, bedeutete sie, daß Friedensliebe mit Verteidigungsbereitschaft unvereinbar sei, und daß folglich nur der glaubwürdig abschrecken könne, der fest mit dem Scheitern der Abschreckungsstrategie rechnet, d. h. von ihrer Nutzlosigkeit überzeugt ist. . . . Das Warten auf Krieg wirkt dem Sinn der Abschreckungsstrategie entgegen und macht den Krieg — im Gegenteil — erst wahrscheinlich. ‚Kriege beginnen‘ eben — wie es in der Präambel der UNESCO heißt — ‚im Geist der Menschen‘.“

VI

Nach einem Bericht des Magazins *Der Spiegel* vom 19. 1. 1970 hat Graf Baudissin zur Schnez-Studie angemerkt: „Sind Leute, die derartig argumentieren und so etwas unterschreiben, im Jahre 1970 noch richtig auf ihrem Posten? Eine weltfremde Studie, die überhaupt nicht diskutabel ist.“

Bundesverteidigungsminister *Helmut Schmidt* teilt diese Auffassung nicht. Vor dem Deutschen Bundestag erklärte er am 15. 1. 1970, daß das von Schnez unterzeichnete Papier „als Arbeitsmaterial für ein Gesamtkonzept zur Anpassung der Inneren Führung diskussionswürdig ist, aber auch diskussionsbedürftig“. Diese Haltung des Verteidigungsministers kann nicht unwidersprochen hingenommen werden. Die wichtigsten Einwände lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

In seiner Stellungnahme vor dem Deutschen Bundestag hat Helmut Schmidt nicht der Behauptung des Heeresinspektors widersprochen, er habe mit seinen Papieren Beiträge zur Weiterentwicklung des Konzepts der Inneren Führung vorgelegt. In Wirklichkeit handelt es sich aber um ein Konglomerat von Vorschlägen zur *Abschaffung* wichtiger Prinzipien und Elemente der Inneren Führung. Das beweist die Gegenüberstellung mit den Thesen von Baudissin eindeutig.

Helmut Schmidt sieht auf Grund der Schnez-Studie keinen Anlaß für irgendwelche personellen Konsequenzen. Er hält sogar Mißtrauen gegenüber der demokratischen Haltung und Loyalität der Kommandeure für unangebracht. Fest steht aber, daß Schnez und seine Gesinnungsfreunde der vom gesamten Parlament gebilligten Konzeption der Inneren Führung illoyal gegenüberstehen. Diese Haltung ist natürlich nicht neu, sondern datiert vom ersten Tag der Bundeswehr an. Bedenklich muß stimmen, daß sie die politische Situation heute für „reif halten, ihre Ablehnung und Angriffe auch offen vortragen zu können. Ist das wirklich kein Anlaß, mißtrauisch zu werden?“

Der Verteidigungsminister weist immer wieder auf den uneingeschränkten Gehorsam der hohen Offiziere gegenüber der politischen Führung hin. Ohne diese Tatsache unterzubewerten, sollte nicht übersehen werden, daß die Offiziere damit eine selbstverständliche Haltung an den Tag legen, die keines besonderen Lobes bedarf. Das Gegenteil wäre nämlich Meuterei. Hinzu kommt im konkreten Fall, daß es hinsichtlich ihres Gehorsams für Schnez und seine Kameraden ja gar keine „Bewährungsprobe“ gab. Die Veröffentlichung ihrer gegen die Innere Führung gerichteten Studie hatte für sie keinerlei Konsequenzen. Sie handelten sich nicht einmal eine Distanzierung ihres Ministers ein, sondern erhielten sogar noch eine Art „Ehrenerklärung“. Gegenüber einer so reagierenden politischen Führung gibt es (aus der Sicht dieser Offiziere) ja tatsächlich nicht den geringsten Anlaß zu Ungehorsam und Widerspruch.

Helmut Schmidt hat die Schnez-Studie bewußt in ihrer Bedeutung herunterdotiert. Es darf heute aber nicht so getan werden, als handle es sich dabei nur um einen zweitrangigen Diskussionsbeitrag, um — wie es *Der Spiegel* nannte — eine Art „Meckerecke“ oder gar nur den „Ausrutscher“ eines hohen Offiziers, obgleich auch das noch schlimm genug wäre. Hier liegt vielmehr eine Denkschrift vor, die von den ranghöchsten Offizieren des Heeres unter Leitung des Heeresinspektors erarbeitet wurde. Sie spiegelt damit die geistig-politische Haltung der Führungsschicht der größten Teilstreitkraft wider. Deshalb haben wir allen Grund, Alarm zu schlagen.

Unbestreitbar gibt es seit vielen Jahren ständig an Intensität zunehmende Tendenzen zum Abbau des Gedankenguts der Inneren Führung. Leider hat auch die SPD seit langem keine eigenen Beiträge zur Fortentwicklung dieses Konzepts mehr geleistet. Trotzdem haben wir gerade von einem sozialdemokratischen Verteidigungsminister erhofft, daß er ein unüberschaubares politisches Zeichen setzen würde, um die aufgezeigte negative Entwicklung zu stoppen. Jetzt ist zunächst das Gegenteil eingetreten. Helmut Schmidt

darf nämlich nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß er durch seine Stellungnahme den konservativen und nach rückwärts orientierten Kräften in der Bundeswehr Auftrieb gegeben hat. Helmut Schmidt hat die Chance vorbegehen lassen, sich mit den gegenteiligen Kräften — z. B. den etwa 150 jungen Leutnanten, die das Papier „Der Leutnant 1970“ vorlegten — zu solidarisieren. Er hat noch die Chance, die klare Stellungnahme zur Inneren Führung als Abschluß seiner Bestandsaufnahme zu formulieren. Diese Gelegenheit muß er nutzen.

Der Verteidigungsminister sollte seine Haltung auch noch einmal unter dem Gesichtswinkel überprüfen, wer ihm in der Öffentlichkeit für seine Entscheidung Beifall zollte und wer ihn dafür kritisierte. Das wird ihm zeigen, in welcher zum Teil gefährlicher Nachbarschaft er lebt.

VII

Die Gegenüberstellung der (z. T. extrem) unterschiedlichen Thesen und Forderungen von Baudissin und Schnez beweist: Man kann nicht gleichzeitig zwei Dinge tun, sich zur Inneren Führung bekennen *und* die Schnez-Papiere als Beitrag zu dieser Konzeption akzeptieren. Wer sich gründlich mit der Materie beschäftigt, wird zu dem Schluß kommen, daß letztlich das eine das andere ausschließt. Damit gerät auch Helmut Schmidt in die Gefahr der Unglaubwürdigkeit. Taktik ist in der Politik eine durchaus erlaubte Methode. Der Verteidigungsminister und stellvertretende SPD-Vorsitzende muß aber sorgfältig prüfen, ob er nicht dabei ist, aus Gründen der Taktik wichtige politische Grundsätze aufs Spiel zu setzen.